

Materialien 7

Prof. Dr. Norbert Herriger

Soziale Bewegungen und politisches Empowerment

Die „neuen“ sozialen Bewegungen (z.B. Bürgerrechts-, Frauen-, Friedens-, Ökologie-Bewegung; Bewegung der Globalisierungsgegner – „Attac“) sind in der öffentlichen Diskussion über Sozialstaat und soziale Probleme wichtige Aktivposten der Meinungsmobilisierung. Soziale Bewegungen - das sind kollektive Organisationsformen von Akteuren, die auf eine mehr oder weniger tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft abzielen und sich dabei überwiegend außerparlamentarischer Strategien des politischen Protests bedienen. Soziale Bewegungen setzen für ihre Ziele in erster Linie auf Protest in Gestalt von öffentlich sichtbaren Mobilisierungen (z.B. Straßendemonstrationen; spektakuläre und medienwirksam inszenierte Protestaktionen), mit denen sie auf die öffentliche Meinungsbildung, auf politische Gegner und staatliche Politik einzuwirken versuchen. Soziale Probleme sind die Anknüpfungspunkte des politischen Protests der sozialen Bewegungen - der Abbau von sozialen Ungleichheiten und die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit, die Minderung von sozialer Ausgrenzung, die Verwirklichung eigensinniger alternativer Lebensmuster und Lebensorientierungen ist ihr Ziel.

Inhaltsgliederung

1. Neue soziale Bewegungen - Definitionsbausteine
2. Aspekte der Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen in der BRD
3. Vier Trends der „Bewegungsgesellschaft“
4. Gesellschaftliche Ursachen – Schattenseiten der Modernisierung
5. Die Theorie der Ressourcenmobilisierung
6. Die Framing-Theorie – die soziale Konstruktion von Protest
7. Die Theorie der politischen Gelegenheitsstruktur („political opportunity structure“)
8. Politische Wirkungsanalyse: Funktionen der neuen sozialen Bewegungen in demokratischen Bürgergesellschaften
9. Subjektive Wirkungsanalyse: biographische Spuren des zivilgesellschaftlichen Engagements -psychologisches und politisches Empowerment.

Anhang:

Schlüsselkonzepte für die Konstruktion des Interviewleitfadens

1. Neue soziale Bewegungen - Definitionsbausteine

Rucht/Neidhardt (2001) verknüpfen in ihrer Definition die Begriffe „Soziale Bewegungen“ und „kollektiver Protest“.

Protest – so schreiben sie – sind „öffentliche, kollektive Handlungen nicht-staatlicher Träger, die Widerspruch oder Kritik zum Ausdruck bringen und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen bzw. politischen Anliegens verbunden sind“.

Soziale Bewegungen definieren sie hieran anschließend als „soziale Gebilde aus miteinander vernetzten Personen, Gruppen und Organisationen, die mit kollektiven Aktionen Protest ausdrücken, um soziale bzw. politische Verhältnisse zu verändern oder um sich vollziehenden Veränderungen entgegen zu wirken“ (Rucht/Neidhardt 2001, S. 537 und 540).

Soziale Bewegung definiert Rucht an anderer Stelle als „ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“ (Rucht 2001, S. 323).

Rucht (2001) akzentuiert weitere konstitutive Elemente sozialer Bewegungen mit folgenden Begriffen:

- öffentlicher und kollektiver Protest;
- relative Dauerhaftigkeit der Protest-Kampagnen;
- netzwerkförmige Organisationsform;
- kollektive Identität und Wertebasis der Mitglieder.

„A social movement is a collective actor constituted by individuals who understand themselves to have common interests and, for at least some significant part of their social existence, a common identity. Social movements are distinguished from other collective actors, such as political parties and pressure groups, in that they have mass mobilization, or the threat of mobilization, as their prime source of social sanction, and hence of power. They are further distinguished from other collectivities, such as voluntary associations or clubs, in being chiefly concerned to defend or change society, or the relative position of the group in society“ (Scott 1990 zit. n. Kolb 2002).

Zielsetzung: grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft:

Die neuen sozialen Bewegungen gehen in inhaltlicher Hinsicht über begrenzte Vorhaben, etwa einzelne Kampagnen, die sich auf ein bestimmtes Politikfeld oder einen punktuellen Missstand richten, hinaus.

Mittlerer Organisationsgrad und gemeinsame kollektive Identität:

Die neuen sozialen Bewegungen unterscheiden sich einerseits von spontanen bzw. kurzlebigen kollektiven sozialen Phänomenen wie zum Beispiel die aktuellen Hungerproteste (z.B. in Haiti) oder der Ghettoevolte (z.B. Frankreich im Herbst 2006), andererseits aber auch von formellen Organisationen wie zum Beispiel einer Kirche, einem Betrieb, einer Partei oder einer Staatsverwaltung. Zwar können soziale Bewegungen formelle Organisationen einschließen, doch sind sie in ihrer Gesamtheit keine Organisation. Sie verfügen über:

- keine Statuten und verbindlichen Programme,
- keine festen Mitgliedschaftskriterien,
- keine mit formeller Entscheidungskompetenz ausgestatteten Leitungspersonal oder Führungsorgane.
- Bewegungen existieren vielmehr als ein netzwerkförmiger Verbund von Personen, Gruppen und Organisationen – ein Verbund, der eine auf gemeinsamen Elementen (insbesondere Problemwahrnehmungen und Zielsetzungen) beruhende kollektive Identität aufweist und von fluiden themen- und projektbezogene Allianzen geprägt ist.

Öffentlich inszenierter, kollektiver Protest:

Soziale Bewegungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie mangels anderer Möglichkeiten der Einflussnahme bevorzugt zum Mittel des kollektiven und öffentlichen Protests greifen. Dieses Mittel ist zwar nicht ausschließlich Bewegungen vorbehalten, stellt aber doch die für sie zentrale Form der Selbstdarstellung und Einflussnahme dar.

Weitere Definitionsbausteine:

- „single-issue-Bewegungen“ – geringe „Eingriffstiefe“ – Motive: Kritik an der mangelnden Ausgestaltung demokratischer Prinzipien; Durchsetzung von Inklusions- und Partizipationsansprüchen; Beseitigung der negativen Folgen der gesellschaftlichen Modernisierung; Sich-Berufen auf (noch nicht hinreichend eingelöste) bestehende Verfassungsgrundsätze (siehe „civil-rights-movement“);
- stärker in der Lebenswelt verhaftet (als z.B. Parteien/Verbände – Bürgerferne)
- Mittel ist der kollektive, öffentlich und medial inszenierte Protest – nicht-institutionalisierter, außerparlamentarischer Protest.
- Kampagnenbezogene und projektorientierte Mobilisierung (z.B. Heiligendamm) – zeitlich befristetes subjektives Engagement; situatives Engagement der Beteiligten („weak ties“).

Basisliteratur:

Rucht, D.: Soziale Bewegungen als Signum demokratischer Bürgergesellschaft. In: Leggewie, C./Münch, R. (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert. Frankfurt/M. (Suhrkamp-Verlag) 2001, S. 321-336

Rucht, D./Neidhardt, F.: Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit von sozialen Bewegungen: In: Soziale Welt 3/1993, S. 305-326

Rucht, D./Neidhardt, F.: Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen. In: Joas, H. (Hg.): Lehrbuch der Soziologie. Frankfurt/M. (Campus-Verlag) 2001, S. 533-556

2. Aspekte der Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen in der BRD

„Neue“ soziale Bewegungen:

Seit Beginn der 1980er Jahre zeitliche und qualitative Abgrenzung zur Arbeiterbewegung als „klassischer“ alter sozialer Bewegung. Unter den Sammelbegriff „Neue Soziale Bewegungen“ zählt man vor allem die seit den 1980er Jahren sich stark vermehrenden Bürgerinitiativen, alternativen Projekten, die neu entstandenen Frauen-, Friedens-, Ökologie und Anti-Nuklearbewegungen sowie der parlamentarische Einfluss der Grünen Parteien und Listen. Bei Scott (1990) werden die Neuen Sozialen Bewegungen vor allem durch folgende Charakteristiken bezeichnet:

- new movements sind vor allem „social“;
- new movements sind innerhalb der Zivilgesellschaft lokalisiert;
- new movements versuchen, durch alternativen Lebensstil und Wertewandel einen Wechsel zu erreichen.

Zielsetzungen:

Anspruch auf umfassende Demokratisierung; Kritik an bürokratischen Organisationsformen; Eintreten für eine solidarische und selbstbestimmte Lebensweise; Verbesserung der Lebensbedingungen vor allem im Reproduktionsbereich (Emanzipation; Ökologie; Frieden; Hunger und Verelendung in der Dritten Welt; Bürger- und Menschenrechte);

Professionalisierung und Institutionalisierung:

seit den 1980er Jahren die Entwicklung pragmatischer Politikformen; die „Verparteilichung“ (Die Grünen/Bündnis 90) des ehemals außerparlamentarischen Protests, zugleich Institutionalisierung, Bürokratisierung und Expertisierung der Leitungsebenen;

Sozialstruktur der Mitglieder:

relativ hohes kulturelles (Bildungs-) Kapital; jüngere bis mittlere Altersgruppen; überwiegend männlich; überwiegend linke postmaterialistische Grundpositionen;

Netzwerk-Organisation:

Die Protest-Netzwerke umfassen lockere, informelle Gruppen auf lokaler Ebene, aber auch hierarchisch gegliederte bundesweite Mitgliederorganisationen sowie transnationale Gruppen. Es fehlen in den Bewegungen formelle Repräsentationsorgane und Entscheidungsverfahren sowie klare Kriterien der Mitgliedschaft. Neben den bewegungsspezifischen Infrastrukturen bestehen auch themenübergreifend ausgerichtete Zeitschriften, Finanzierungseinrichtungen, Archive usw.

Alltagspraxis:

Ogleich die neuen sozialen Bewegungen in erster Linie durch unkonventionelle Proteste Aufmerksamkeit erregen, ist ihre alltägliche Praxis stark von konventionellen Aktionsformen bestimmt. Das Repertoire reicht von Informationstreffen, Demonstrationen und Formen des zivilen Ungehorsams bis hin zur Anwendung von Gewalt.

Politische Wirkungen:

Die neuen sozialen Bewegungen konnten einzelne Politikfelder - etwa Energie-, Umwelt- und Frauenpolitik - in substantieller Hinsicht beeinflussen. Sie haben somit einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Liberalisierung geliefert, insbesondere zur Akzeptanz demokratischer Werte und zu gesellschaftlich größeren Toleranz gegenüber von der Norm abweichenden Lebensstilen. Schließlich haben sie zu einer größeren Sensibilität und Akzeptanz von „unkonventionellen“ Politikstilen geführt.

Transnationalisierung der Bewegungen:

Im Rahmen der intensiven Debatte über die Transnationalisierung und Globalisierung von Wirtschaft, Politik und Kultur hat sich auch in Deutschland seit den späten 1990er Jahren ein heterogenes Spektrum von globalisierungskritischen Gruppen und Bewegungen herausgebildet. Hierbei werden zum einen viele „klassischen“ Forderungen der neuen sozialen Bewegungen gebündelt und vor allem auf transnationaler Ebene und gegenüber internationalen Regierungsinstitutionen geltend gemacht. Zum anderen rücken auch Fragen der globalen Wirtschafts- und Finanzordnung sowie der Transparenz und demokratischen Kontrolle internationaler Politik in den Vordergrund (siehe die transnationalen Proteste gegen G-8 und EU-Gipfel, Weltbank, Internationaler Währungsfond, WTO). Unabhängig von staatlichen Gipfeltreffen fanden seit 2001 mehrere internationale „Social Forums“ statt, bei denen die Teilnehmern unter dem Wahlspruch „Eine andere Welt ist möglich“ Alternativen zur etablierten Politik diskutierten.

Basisliteratur:

Rucht, D.: Neue soziale Bewegungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik. Bonn 2001

3. Vier Trends der „Bewegungsgesellschaft“

Trend hin zu „single-issue-movements“:

Protestbewegungen mit geringer „Eingriffstiefe“ – hohe Diversifizierung/Spezialisierung der Bewegungen - Motive: Kritik an der mangelnden Ausgestaltung demokratischer Prinzipien; Durchsetzung von Inklusions- und Partizipationsansprüchen; Beseitigung der negativen Folgen der gesellschaftlichen Modernisierung; Sich-Berufen auf (noch nicht hinreichend eingelöste) bestehende Verfassungsgrundsätze (siehe „civil-rights-movement“); „große themenübergreifende soziale Bewegungen, zumal in Gestalt von Klassenbewegungen, werden in dem Maße obsolet, in dem relativ vernünftige, ergebnisoffene und auf demokratischen Prinzipien beruhende Institutionen und Verfahren etabliert werden“ (Rucht 2001).

Quantitatives Anwachsen von Bewegungsprotesten:

Vielzahl/Heterogenität der Bewegungen – parallel zum Entstehen neuer Themen und Anlässe im Kontexte einer beschleunigten Modernisierung; „Bewegungsgesellschaft“ (Neidhardt/Rucht 1993); Betroffenheit – stärker in der Lebenswelt verhaftet (als z.B. Parteien/Verbände – Bürgerferne); kampagnenbezogene und projektorientierte Mobilisierung (z.B. Heiligendamm) – zeitlich befristetes subjektives Engagement; situatives Engagement der Beteiligten („weak ties“).

Weltweite Ausbreitung der sozialen Bewegungsform:

die aktive Mitwirkung von Protestbewegungen macht die „dritte Welle der Demokratisierung“ (Huntington 1991) erst möglich (aktuelles Beispiel: Myanmar; Tibet).

Entstehen und Wachstum von „transnational advocacy networks“ (McAdam 1998):

grenzenübergreifende Proteste in transnationaler Verflechtung z.B. bei Themen: Menschenrechte, Gesundheit, Frauenrechte, Umwelt- und Klimaschutz, Tierschutz u.a.m.

Wirkungen:

Neue soziale Bewegungen dokumentieren eine schnelle Reaktion auf neue Bedürfnisse und Herausforderungen in sich politisch definierenden Teilen der Gesellschaft. Sie sind experimentierfreudig, liefern Vorgriffe auf zukünftige Problemlösungen, sie artikulieren lebensweltliche Anliegen, erzeugen politischen Druck und erzwingen von der Politik Rechtfertigungen und Reform.

Basisliteratur:

Kern, T.: Soziale Bewegungen. (darin: Kap.), Wiesbaden 2008, S. 122-141

4. Gesellschaftliche Ursachen – Schattenseiten der Modernisierung

Kern (2008) unterscheidet vier Konfliktlinien, entlang derer sich in der Vergangenheit wichtige soziale Bewegungen gebildet haben:

Anonymität/Individualisierung in der Spätmoderne: Intensivierung der personalen Netzwerke versus Anonymisierung von Rollenbeziehungen und „öffentlichem Leben“

- die zunehmende Rationalisierung, Durchorganisation und „Vermarktlichung“ sozialer Beziehungen in der öffentlichen Welt; zugleich: eine selbstbestimmte und von einengenden Traditionen befreite „Neustrukturierung der Intimität“ (Giddens 1993);
- *Sonnenseiten*: ein Mehr an Freiheiten in der persönlichen Lebens- und Beziehungsgestaltung; autonome Entfaltungsspielräume zur subjektiven Identitätsbildung; Beziehung – Vertrauen – soziale Einbindung als „offenes Projekt“;
- *Schattenseiten*: die Überforderung der Beziehungsfähigkeit des Einzelnen – die wachsende Orientierungslosigkeit, Verunsicherung und Sinnentleerung in der Privatsphäre; Einsamkeit; mangelnde Verbindlichkeit und Zerbrechlichkeit von Bindungen;
- offene Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern und die Notwendigkeit eines nie endenden Prozesses der Aushandlung und des Konfliktmanagements;
- der Konflikt zwischen den Vertretern traditioneller Familienwerte und den Anhängern alternativer Partnerschaftsformen als Ausgangspunkt einflussreicher Protestbewegungen.

Gewalt: Ausdifferenzierung des staatlichen Machtmonopols gegenüber Bürgern nach innen wie auch im nationalen Außenkontakt

Gewalt = „die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (Weber 1984).

Im Prozess der Modernisierung und Demokratisierung einer Gesellschaft kommt es zu einer zunehmenden Monopolisierung der legitimen physischen Gewalt in den Händen des Staates – Aufgabe der staatlichen Akteure ist im Gegenzug die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung für das gesamte soziale System. Mit der Monopolisierung der physischen Zwangsmittel wachsen die Durchsetzungspotenziale des Staates; dieser Monopolisierungsprozess kann zu Eingriffen in die Autonomie der Teilsysteme und der Gesellschaftsmitglieder führen. – Gefahr einer totalitären Herrschaftsform (aktuelles Beispiel: Online-Durchsuchung privater Computer); soziale Bewegungen sind hier Kräfte, die auf die Einschränkung staatlicher Handlungsautonomie hinwirken.

Begrenzung der Gewalt nach innen:

- Schutz der Menschenwürde, der verfassungsmäßig geschützten Grundrechte und der Ressourcen der individuellen Selbstdarstellung/ Identitätskonstruktion (Unverletzlichkeit des Körpers; Unverletzlichkeit der Wohnung; Schutz der Privatsphäre usw.);
- Garantie der Kommunikationsfreiheit; Glaubens- und Meinungsfreiheit; Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit;

- die Grundfrage: das weiterhin wachsende Gewaltpotenzial des Staates in seine Schranken verweisen, ohne die Sicherheit der „offenen“ Gesellschaft zu gefährden.

Begrenzung der Gewalt nach außen:

- Monopolisierung der fiskalischen und waffentechnischen Mittel der Kriegsführung beim Staat;
- angesichts der atomaren Bedrohung werden Konfrontationen mehrheitlich in Form von „Stellvertreterkriegen“ in der Dritten Welt ausgetragen; die Reprivatisierung der Kriege (warlords; Söldnerfirmen – „Blackwater“ im Irak);
- trotz des Endes des Ost-West-Konfliktes hat die Bedrohung durch Kriege eher zu- als abgenommen.

Armut: die beständige (Neu-)Produktion von Armut ist die Schattenseite einer hocheffizienten Weltwirtschaft

- das Inklusionspostulat moderner Demokratien - kein Gesellschaftsmitglied darf vom Zugang zu gesellschaftlichen Leistungen und Sicherheiten ausgeschlossen werden (Recht, Gesundheit, Wirtschaft, soziale Sicherheit, Bildung, Politik);
- die geringer werdende Chance, die Exklusionsrisiken in privaten Netzwerken und Gemeinschaften erfolgreich zu bewältigen; Individualisierung der Risiken; Armut und Exklusion als Ausgrenzung aus mehreren Funktionssystemen der Gesellschaft (siehe Wilson „new urban underclass“);
- Globalisierung des Problems der Exklusion und Verarmung (z.B. das „Verschwinden“ der Mittelschicht in der BRD); die Überforderung der nationalen sozialen Sicherungssysteme wie auch der transnationalen Organisationen; die Einschränkung und Verweigerung von Teilhaberechten in Gesundheit, Wirtschaft, Bildung, Politik und Recht als zentrale Konfliktlinie moderner Gesellschaften.

Ignoranz/nicht-kalkulierbare Folgerisiken: das Wachstum an (technologischem) Wissen ist begleitet von einer Ignoranz gegenüber den zunehmend unüberschaubaren Risiken der modernen Gesellschaft (Beck: „Risikogesellschaft“)

Der Verlauf der Modernisierung ist nach Beck immer stärker durch die Folgeprobleme des technischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Wachstums bestimmt – „Fortschritt“ produziert ein enormes Potenzial an gesellschaftlicher Selbstgefährdung und Selbstzerstörung („Risikogesellschaft“);

die Nebenfolgen neuen Wissens und neuer Technologien aber sind nicht vorhersehbar und nicht kalkulierbar (jüngstes Beispiel: die aktuelle Banken- und Kreditkrise 2008); der wissenschaftliche und technologische Fortschritt produziert somit im gleichen Maße ein riskantes Nicht-Wissen (Ignoranz).

Basisliteratur:

Kern, T.: Soziale Bewegungen. Wiesbaden 2008, S. 122-141

5. Die Theorie der Ressourcenmobilisierung

Die zentrale These der Theorie der Ressourcenmobilisierung lautet: Strukturelle Problemlagen, Deprivation und soziale Benachteiligung produzieren auf Seiten der Problembetroffenen „grievances“ (Unmut; Ärger; Klagen; Unzufriedenheit). Diese grievances sind wohl eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für das Entstehen einer sozialen (Protest-) Bewegung. Erklärungsbedürftig bleibt, warum es trotz eines gewissen Ausmaßes an individueller und kollektiver Unzufriedenheit eher selten zu kollektiven Protesten kommt (siehe z.B. die geringe Protestmobilisierung von Armutgruppen).

Hier sehen die Vertreter dieses Theorieansatzes die Schwäche der früheren *Theorie der relativen Deprivation* (Gurr 1970). Die Theorie der relativen Deprivation unterstellt ein einfaches Kausalmodell: relative Benachteiligungen produzieren gewaltsame Proteste. „Die Deprivationstheoretiker unterstellen eine unmittelbare Beziehung zwischen Ausmaß der Entbehrung, Mobilisierungsbereitschaft und letztlich auch Mobilisierung... In der Theorie der Ressourcenmobilisierung wird dagegen plausibel, warum besonders hoch motivierte Individuen die hohen Anfangskosten während der Entstehung einer sozialen Bewegung nicht scheuen: sei es, dass sie hochgradig ideologisch für eine solche Bewegung motiviert sind oder sich besondere Führungspositionen von einem frühzeitigen Engagement versprechen“ (Zimmermann 1998, S. 60).

Dieses Erklärungsdefizit der Theorie der relativen Deprivation macht es notwendig die situativen Umstände des Ausbruchs und der Realisierung von Protestpotenzialen analytisch zu klären. Hier setzt die Theorie der Ressourcenmobilisierung an:

Aus der Problembetroffenheit entsteht Protest und Bewegung erst „in dem Ausmaß, wie nichtorganisierten, aber benachteiligten Gruppen soziale Ressourcen zur Verfügung stehen, so dass sie eine organisierte Forderung nach Wandel äußern können“ (Jenkins/Perrow zit. n. Zimmermann 1998, S. 55). Anders formuliert: Die Fähigkeit einer Gruppe, bestimmte Ressourcen zu mobilisieren, bestimmt Organisation, Verlauf und „Karriere“ der sozialen Bewegung. „Zu diesen Ressourcen gehören Geld, Personal, Arbeit, Fachwissen, Legitimität, Informiertheit (tangible goods) und andere Dimensionen wie etwa moralische Reserven (z.B. Erinnerungen, Mythen, Opfer), Solidarität, ideologische Zugehörigkeit einer sozialen Bewegung“ (Zimmermann 1998, S. 55). Entscheidend für den zeitlichen Bestand und den Erfolg sozialer Bewegungen ist in Sicht der Ressourcenmobilisierungstheorie also die Form und der Grad ihrer Organisiertheit – von Bedeutung ist also die Errichtung fester Organisationen, die der sozialen Bewegung Schubkraft und Beharrungsvermögen vermitteln.

Die Theorie der Ressourcenmobilisierung versteht eine soziale Bewegung somit als *ein wohlorganisiertes Unternehmen, das (1) durch zielgerichtete Aktivitäten die Teilnahme und die Anhängerschaft von (wie immer auch betroffenen und „sympathisierenden“) Menschen mobilisiert und (2) durch rationale Gestaltung und Organisation nach innen die für das kollektive Handeln erforderlichen Ressourcen sichert und verwaltet*. Hintergrund sind Annahmen der Rational-Choice-Theorie – d.h. die individuelle Mobilisierung von Mitmachbereitschaft folgt einer Nutzen-Kosten-Kalkulation („rational choice“-Entscheidung). Hierzu Kern (2008, S. 122). „(1) Da die Teilnahme an kollektiven Handlungen stets mit Kosten verbunden ist, führen soziale Unzufriedenheit oder Deprivation nicht automatisch zur Entstehung von Protestbe-

wegungen. Vielmehr werden Kosten und Nutzen einer Beteiligung zumeist sorgfältig gegeneinander abgewogen. (2) Protestbewegungen beschränken sich keinesfalls nur auf die Gruppe der sozialen Outlaws. In vielen Fällen werden sie von etablierten Gruppen und anerkannten Institutionen (gemeinnützige Stiftungen, Regierungseinrichtungen, Parteien etc.) unterstützt. (3) Für die Mobilisierung von Ressourcen ist ein Mindestmaß an sozialer Koordination (und Organisation; N.H.) erforderlich. (4) Die Kosten für Proteste können durch staatliche Eingriffe vergrößert oder verringert werden.“

„Mikromobilisierung“: die Motivierung und die Mobilisierung von Menschen zur Teilnahme an kollektiven Handlungen

- (1) die Mobilisierung von starken Emotionen: Wut, Angst, Empörung, Mitleid, Ungerechtigkeitsempfinden. Die medial vermittelte Inszenierung und Skandalisierung von sozialen Problemen stärkt diese Stimulation von Emotionen.
- (2) die Stärkung der personalen Identität durch die Teilhabe an der kollektiven Identität der sozialen Bewegung: die Übereinstimmung der Bewegungsziele mit bedeutsamen, in Identität und Selbstbild verankerten Überzeugungen („Kampf für eine gerechtere Welt“);
- (3) Überzeugungsarbeit durch „Verheißungen“ und „Warnungen“: die Ziele der sozialen Bewegung werden mit dem Erreichen von hoch bewerteten positiven Gütern bzw. dem Vermeiden von negativen Gütern verknüpft - z.B. Greenpeace: die Verminderung von CO₂ als notwendige Voraussetzung für eine lebenswerte Umwelt für die Generation der Kinder.

Organisatorische Ressourcen

Soziale Bewegungen bedürfen – um dauerhafte kollektive Handlungen zu sichern – eines Mindestmaßes an Organisation nach innen, um die erforderlichen Ressourcen zu akquirieren und rational zu verwalten. Jedoch: Im Kontext der Ressourcenmobilisierungstheorie ist der Begriff der „Ressource“ wenig griffig definiert. Unterschieden werden in der Literatur: moralische, kulturelle, organisatorische, materielle Ressourcen – konkret:

Finanzen: institutionelle Zuschüsse, Spendenrekrutierung (Direktmailing, Anzeigen, Spendenaktionen usw.), Stiftungsgelder (major donor work) u.a.;

Sachliche Infrastruktur

Qualifikation: Qualifikations- und Kompetenzprofil der Mitarbeiter im „Aktivitätskern“ der Bewegung; spezifische Aufgaben- und Arbeitsteilungen nach innen;

„Informiertheit“: Zugang zu (nicht-öffentlichen) Informationsquellen;

„Beziehungskapital“: Zugang zu den Medien; Zugang zu politischen Akteuren im Zentrum der politischen Macht; Zugang zu wissenschaftlichen Eliten und Netzwerken;

„moralisches Kapital“: die Fähigkeit, die eigenen Ziele und Interessen als „gerecht“, „nachhaltig“, „zukunftsugewandt“, „sachnotwendig“ für ein lebenswertes Leben darstellen zu können; Überzeugungsfähigkeit im Hinblick auf die Legitimität der Ansprüche und die „moral correctness“ der bewegungseigenen Forderungen;

„Verweigerungsmacht“: Demonstrationen; Sitzstreik; Boykottaufruf; Arbeitsstreik u.a.m. – Beispiel ist hier der Aufruf an alle illegalen Landarbeiter in den USA, die Arbeit für einen Tag nieder zu legen.

„Bewegungsorganisationen“

Die Protestaktivitäten der sozialen Bewegungen verlagern sich von kleinen, lokal verwurzelten Gemeinschaften hin zu großen formalen Interessenorganisationen. „Als Folge dieser Entwicklung gewinnt die Austragung von sozialen Konflikten eine neue Qualität: Waren Protesthandlungen früher zumeist nur wenig koordiniert und von zeitlich begrenzter Dauer, so haben wir es heute mit gut organisierten und oft lang anhaltenden Protestwellen zu tun“ (Kern 2008, S. 128).

Bewegungsorganisationen sind dadurch gekennzeichnet, dass ihre Ziele mit den Interessen einer sozialen Protestbewegung weitgehend übereinstimmen. Beispiele sind z.B. WWF; Bund Umwelt und Naturschutz (BUND); Greenpeace; Amnesty International, Human Rights Watch (HRW) u.a.: Diese formalen Interessenorganisationen zeichnen sich aus durch:

- „Leitungspersonal“, das der Organisation ein „mediales Gesicht“ gibt;
- ein hauptberufliches Stammpersonal - „Professionalisierung“;
- institutionalisierte finanzielle Unterstützung („sponsoring“): dauerhafte finanzielle Förderung durch private/politische Stiftungen, Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen usw.; die Notwendigkeit professionalisierter fund-raising-Strategien;
- die funktionale Spezialisierung der Bewegungsorganisationen und ein scharfer Konkurrenzettbewerb um Ressourcen – „jede Bewegungsorganisation ist gefordert, mit ihrem „Produkt“ eine unverwechselbare Nische zu besetzen und sich dadurch gegenüber ihrer Konkurrenz zu profilieren“ (Kern 2008, S. 131);
- die zunehmende Steigerung der organisatorischen Komplexität nach innen – interne strukturelle Differenzierung und Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse – dies um den Preis einer Entfremdung und mangelnden Integration der Bewegungsbasis;
- die situativ-anlassbezogene Vernetzung mit anderen Bewegungsorganisationen; die Einbettung in ein Koalitionsnetzwerk mit Lobbygruppen, Entwicklungsorganisationen, Parteien, wissenschaftlichen Communities usw.;
- die Gegnerschaft meist staatlicher Machtallianzen (Beispiel: während der gewalttätigen Protesten in den Banlieus in Frankreich 2005 rief die Regierung den Ausnahmezustand aus und verhängte ein nächtliches Ausgangsverbot). Die Analyse der „Responsivität“ bzw. der Gegnerschaft staatlicher Akteure ist Anknüpfungspunkt der „Theorie der politischen Gelegenheitsstrukturen“.

Basisliteratur:

Hellmann, K.U.: Marginalisierung und Mobilisierung. Konzeptionelle Überlegungen zur Emergenz und Mobilisierung von Marginalisierten. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 2/1997, S. 23- 37

McAdam, D./McCarthy, J.D./Zald, M.N.: Comparative perspectives on social movements, political opportunities and cultural framing. Cambridge 1996

Kern, T.: Soziale Bewegungen. (darin: Kap. 5.2.: Zusammenlegung von Ressourcen), Wiesbaden 2008, S. 122-141

Opp, K.D.: Die Perspektive der Ressourcenmobilisierung und die Theorie kollektiven Handelns. In: Hellmann, K.U./Koopmans, R. (Hg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung*. Opladen 1998, S. 69-89

Zimmermann, E.: Ressourcenmobilisierung und Gewalt. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4/1998, S. 55-67

6. Der Framing-Theorie - die soziale Konstruktion von Protest

Die unterschiedlichen Akteure und Akteursgruppen, die sich an der öffentlichen, medial-vermittelten Diskussion über soziale Probleme und gesellschaftliche Missstände beteiligen, formulieren ihre ‚Sicht der Dinge‘ (Formen der Betroffenheit; Ursachen des sozialen Problems; denkbare Lösungsperspektiven und verantwortliche Träger von Reformansätzen u.a.m.) in je eigenen Deutungsmustern. Sie entwickeln – bezogen auf je konkrete soziale Probleme – eigene „Deutungsrahmen“ (frames), die ihre Weltsichten und Wertorientierungen transportieren, die ihre Forderungen öffentlich nachvollziehbar machen und legitimieren sollen. Anders formuliert: Die Teilnehmer am öffentlichen Diskurs über soziale Probleme konstruieren ihre Wahrnehmung sozialer Probleme um solche Deutungsmuster, die als symbolische Muster der Wirklichkeitskonstruktion die Deutungen sozialer Probleme transportieren. „Frames“ - so schreiben Neidhardt/Rucht (1993, S. 308) – „sind kollektive Deutungsmuster, in denen bestimmte Problemdefinitionen, Kausalzuschreibungen, Ansprüche, Begründungen und Wertorientierungen in einen mehr oder weniger konsistenten Zusammenhang gebracht werden, um Sachverhalte zu erklären, Kritik zu formulieren und Forderungen zu legitimieren“. Die Funktion dieser frames in der öffentlichen Debatte ist es, die öffentliche Meinung für die eigene Problemsicht zu sensibilisieren, Mitstreiter für die eigene Sache zu gewinnen und zu mobilisieren sowie meinungsbildende Allianzen für die eigenen politischen Forderungen zu knüpfen. Frames müssen – um in den medialen Diskursen erfolgreich zu sein – vor allem drei Funktionen erfüllen: (1) Sie müssen überzeugende Problemdefinitionen anbieten und die Problemverursacher benennen. (2) Sie müssen erfolgversprechende Problemlösungen in Aussicht stellen, Ziele des Veränderungsbestrebens definieren und Adressaten für (politische) Forderungen festlegen. (3) Und sie müssen „Überzeugungs-Mitgliedschaften“ (in der politischen Soziologie ist hier auch von „Meinungsöffentlichkeit“ die Rede, also die Anhängerschaft im Kreise derer, die der Weltsicht und den politischen Zielsetzungen der sozialen Bewegung zugeneigt sind) mobilisieren.

Eine kurze Zwischenbilanz: Wenn von der sozialen Konstruktion von Protest die Rede ist, dann wird damit der Umstand thematisiert, dass soziale Missstände nicht automatisch Protest nach sich ziehen. Kollektive Akteure – in unserem Fall soziale Bewegungen – sind es, die soziale Probleme kreieren, indem sie eine bestimmte Problemdeutung eines sozialen Sachverhaltes entwickeln (Schetsche 1996). Wenn diese erfolgreich durchgesetzt ist, wird sie die gesellschaftliche Wahrnehmung des sozialen Sachverhaltes bestimmen. Nicht mehr der Sachverhalt selbst ist dann Ausgangspunkt für Handeln oder Protest, sondern dessen Wahrnehmung. Manche Autoren gehen deshalb soweit zu argumentieren, dass sich letztlich jeder soziale Sachverhalt in ein soziales Problem umdeuten lässt. In dieser Lesart wird durch die soziale Konstruktion von Protest nicht nur eine Sprache entwickelt, die einen gesellschaftlichen Missstand fassbar macht, sondern das soziale Problem selbst wird durch diesen Prozess erst erfunden. Das „Framing“-Konzept der Bewegungsforschung versucht somit dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Realität in einem kontinuierlichen sozialen Prozess konstruiert wird. Es geht auf die Arbeiten von Snow u.a. (1986) zurück. Mit „Framing“ ist die Entwicklung und Propagierung eines Deutungs- und Erklärungsmusters gemeint, in dessen Rahmen die Kampagne den Konflikt, ihre Ziele und ihr Vorgehen in einer bestimmten Weise definiert, interpretiert und rechtfertigt. Zentrale These des Framing-Ansatzes ist es, dass die Mobilisierungsfähigkeit einer sozialen Bewegung entscheidend von der Qualität ihres Framings abhängt. Während also der Ressourcenmobilisierungsansatz

thematisiert, dass Geld und Zeit unerlässliche Ressourcen für alle Aktivitäten sind, postuliert der Framing-Ansatz, dass ein „medienwirksames“ Framing wiederum auch eine Voraussetzung für erfolgreiche Ressourcenmobilisierung ist.

Kolb (2002) verdeutlicht diesen Prozess sozialer Konstruktion am Beispiel des Anti-Atom-Konflikts: „Atomkraftwerke sind nicht per se eine Bedrohung und wurden zu Beginn der Atomkraftnutzung auch nur von wenigen Menschen als eine solche wahrgenommen. Einzelne Individuen und Gruppen und später die Anti-AKW-Bewegung propagierten dagegen die Auffassung, dass Atomkraftwerke eine lebensbedrohende und unbeherrschbare Technologie seien und zudem energiepolitisch überflüssig. Diese Sichtweise hat sich allmählich auch in den Massenmedien durchgesetzt. Entsprechend wird sie heute von einem Großteil der bundesdeutschen Bevölkerung geteilt. Damit sind Atomkraftwerke in der Realität vieler Menschen zu einer Bedrohung geworden. Somit ist nicht das Vorhandensein von Atomkraftwerken, sondern diese Sichtweise eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung dafür, dass sich Menschen in der Anti-Atom-Bewegung engagieren und für den Ausstieg aus der Atomenergie protestieren. Außerordentlich wichtig ist es zu betonen, dass diese sozialen Konstruktionen keine stabilen Einstellungsmuster sind, sondern sehr veränderliche Konstrukte, die einem Prozess des Wandels unterliegen. Eine bestimmte Problemdeutung muss gegen Alternativdeutungen und Gegendiskurse mit der Hilfe von Diskursstrategien und den Massenmedien durchgesetzt und verteidigt werden. Während eine politische Kampagne eine Situation zu definieren versuchen wird, in der ein unverantwortlicher Missstand besteht, der unverzüglich beseitigt werden muss, werden ihre Gegner die Situation gegenteilig zu definieren versuchen. Somit ist ein erfolgreiches Framing nicht eine einmalige Herausforderung, sondern eine ständige Aufgabe. Es hat sich gezeigt, dass viele grundlegende Veränderungen solcher Deutungsmuster oft dann passieren, wenn es zu einem Wechselspiel zwischen kritischen Wissenschaftlern und einer sozialen Bewegung kommt. Die sogenannten „critical communities“ entwickeln gleichsam das Rohmaterial einer neuen Problemdeutung. Soziale Bewegungen greifen diese auf, modifizieren sie und tragen durch ihre Mobilisierung zu ihrer Durchsetzung bei“ (Kolb 2002, S. 35 ff.).

Wie aber muss ein Deutungsmuster aussehen, damit es die gewünschte große Mobilisierungswirkung hat? Bedeutsam sind hier zwei Faktoren: die interne Konstruktion und die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit.

Deutungsbausteine von „Master-Frames“:

Das Framing einer sozialen Bewegung lässt sich in einem so genannten „Master-Frame“ zusammenfassen. Dieser „Master-Frame“ setzt sich in der Regel aus drei unterschiedlichen Elementen zusammen, die sich analytisch wie folgt charakterisieren lassen (Snow u.a. 1986; vgl. auch Schetsche 1996, S. 68 ff.):

1. **das „diagnostic framing“** enthält die Problemdefinition. In ihm wird festgelegt, welche Umstände, aus welchen Gründen und aufgrund wessen Verschuldens nicht akzeptabel sind. Teil des „diagnostic framing“ sollten insbesondere sein: ein griffiger Name, ein Identifizierungsschema und die Problembeschreibung, Bewertungsmaßstab und Bewertung.
2. **das „prognostic framing“** entwickelt eine Vorstellung davon, wie, von wem und mit welchen Mitteln das identifizierte Problem behoben werden kann. Wichtig sind hier sowohl eine abstrakte Problemlösung als auch konkrete Handlungsanleitungen.

3. **das „motivational framing“** schafft die Verbindung zwischen dem Problem und jeder/jedem einzelnen und gibt Anreize bzw. Motive, sich an den Aktivitäten der Kampagne zu beteiligen oder diese zu unterstützen.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden folgende übergreifende Deutungsmuster („master frames“) unterschieden:

- **Gefährdung von Gesundheit und Ökologie**
- **Gefährdung von Ordnung und Sicherheit/Kriminalität**
- **Nicht-Teilhabe am Arbeitsmarkt/Armut/psychosoziale Verelendung**
- **Einschnitte in das Netz sozialer Sicherung/mangelnde wohlfahrtsstaatliche Absicherung von Lebensrisiken („Sozialabbau“)**
- **Gefährdung der kulturellen und ethnischen Identität sozialer Minderheiten**
- **Verstoß gegen Normen sozialer Gerechtigkeit/Nichtbeachtung von Menschen- und Bürgerrechten**
- **Soziale Exklusion/Ausgrenzung/Marginalisierung.**

Funktionen von frames:

Schetsche (1996), der sich mit der Konstruktion von „medienwirksamen“ Frames in besonderer Weise befasst hat, benennt folgende Funktionen von Frames im öffentlichen Problemdiskurs:

1. eine gemeinsame überzeugende Problemdefinition und Problembeschreibung; sie dokumentieren die Betroffenheit und das Leiden der Menschen, die in das soziale Problem verstrickt sind;
2. die Erwartung von Veränderbarkeit; ein Appell an die soziale Gerechtigkeit; die Mobilisierung eines allgemeinen Gefühls der moralischen und sozialstaatlichen Verpflichtetheit zur Abhilfe;
3. die Dokumentation der Dringlichkeit von Veränderung; der Nachweis der Bedrohlichkeit, die vom sozialen Problem ausgeht, oder der Gefährdung von Grundwerten; die Formulierung eines unabweisbaren gesellschaftlichen Handlungsbedarfs (gemessen an einem „appellationsfähigen Ideal des ‚guten Lebens‘ und des ‚richtigen Handelns‘“);
4. die Benennung von Problemursachen, Problemverursachern, ‚Schuldigen‘;
5. das Angebot von plausiblen und öffentlich anschlussfähigen Lösungsmöglichkeiten; die Benennung von verantwortlichen Problemlösern und der Appell an deren Tätig-Werden; die Antizipation von Gegnerschaften und Widerständen bei der Implementation der vorgeschlagenen Lösungswege; die Formulierung von kooperativen Strategien der Implementation von Lösungen; und
6. die Mobilisierung von Unterstützung und von aktiven Mitstreitern ‚für die eigene Sache‘; die Konstruktion von „Überzeugungsallianzen“.

Anschluss an gesellschaftliche Diskurse:

Es wäre nun eine unzulässige Vereinfachung so zu tun, als würde die Mobilisierungskraft eines Master-Frames ausschließlich durch seine interne Konsistenz bestimmt. Dies würde ja gleichwohl bedeuten, dass jeder konsistente Master-Frame einen Erfolg garantieren und zudem in jedem Land der Erde eine identische Wirkung erzielen würde. Koopmans und Statham (1999) begegnen diesem Problem, indem sie vorschlagen das Konzept einer „*discursive opportunity structure*“ einzuführen. Diese diskursive Möglichkeitsstruktur beschreibt, bezogen auf ein politisches System, welche Idee als ‚vernünftig‘, welche Konstruktionen der Wirklichkeit als ‚realistisch‘ und welche Forderungen als ‚legitim‘ betrachtet werden (Koopmans/Statham 1999, S. 228). Für die Arbeit von Bewegungsakteuren bedeutet dies, dass die Übernahme von erfolgreichen Framings aus anderen Ländern nicht automatisch die erhoffte Wirkung erzielen wird, sondern dass Modifikationen nötig sein können. Es gibt kein einfaches Rezept, um die diskursive Möglichkeitsstruktur hinsichtlich eines bestimmten Themas identifizieren zu können. Die Antwort auf diese Frage lässt sich allenfalls in vergleichenden Analysen des öffentlichen Diskurses eines Themas finden.

Die mediale Inszenierung von Frames:

Neben dieser grundsätzlichen Abhängigkeit von seiner kulturellen Resonanz innerhalb eines politischen Systems wird der Erfolg eines Master-Frames auch von seiner *medialen Verwertbarkeit* beeinflusst. Denn ihre Mobilisierungskraft entfalten Master-Frames nur sehr eingeschränkt durch die unmittelbare Kommunikation zwischen sozialer Bewegung und Bevölkerung, sondern vor allem durch ihre Rezeption in den Massenmedien. Die Auswahl von Themen und Nachrichten in den Massenmedien wiederum folgt eigenen Regeln – u.a. so genannten Nachrichten- oder Publizitätsfaktoren. Folgende spezifischen Publizitätsfaktoren lassen sich mit Schetsche (1996: 116 ff.) benennen:

- der Anschluss der Problemwahrnehmung an Alltagsmythen und von der Bevölkerung geteilte Werte
- die Individualisierbarkeit und Personalisierbarkeit des Problems und seiner schädlichen Folgen
- die Identifizierung von Schuldigen
- die personale Nähe zu den Rezipienten; die subjektiv empfundene Bedrohlichkeit, die von dem Missstand ausgeht
- vor allem bei Fernsehen und Zeitschriften die Visualisierbarkeit des Problems, der Betroffenen und ihres Schicksals; die medial inszenierte Skandalisierung.

Weiterführende Literatur:

Kliment, T.: Durch Dramatisierung zum Erfolg? Theoretische Grundlegung und empirischer Ertrag des Framing-Konzepts. In: Hellmann, K.U./Koopmans, R. (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen 1998, S. 69-89

Kolb, F.: Soziale Bewegungen und politischer Wandel. Deutscher Naturschutzring. Bonn 2002

Schetsche, M.: Die Karriere sozialer Probleme. Soziologische Einführung. München/Wien 1996

Snow, D.A./Rochford, E.B. u.a.: Frame alignment processes. Micromobilization and movement participation. In: American Sociological Review 51/1986, S. 464-484

7. Die Theorie der politischen Gelegenheitsstruktur („political opportunity structure“)

Eisinger führte 1973 den Begriff „Politische Gelegenheitsstruktur“ (im engl. Original: „structure of political opportunity“) ein. In einem Artikel untersuchte er die Unterschiede im Auftreten von Protesten in 43 amerikanischen Städten. Er kam dabei zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit von Protest vom Grad der Offenheit bzw. Geschlossenheit des lokalen politischen Systems für die Anliegen politischer Gruppen abhängt. Während in sehr geschlossenen und in sehr offenen Systemen eine geringe Häufigkeit von Protesten stattfand, war die Anzahl in Städten mit einer Mischung aus einem offenen und geschlossenen System am höchsten. Als offen werden politische Systeme bezeichnet, die über Kanäle und Mechanismen verfügen, sich neu formierende gesellschaftliche Interessen in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung zu integrieren. Als geschlossen werden jene politischen Systeme bezeichnet, denen solche Kanäle und Mechanismen fehlen und deshalb neue gesellschaftliche Interessen nicht in den Prozess politischer Entscheidungsfindung integrieren können. Eisinger erklärt dies damit, dass in sehr offenen Systemen keine Notwendigkeit für Protest besteht, während in sehr geschlossenen Systemen auch von Protestaktivitäten keine Veränderungen erhofft werden.

Die relative Offen- oder Geschlossenheit des institutionalisierten politischen Systems, die Stabilität oder die Instabilität von Elitennetzwerken und die Anwesenheit oder die Abwesenheit von Verbündeten für soziale Bewegungen unter den (politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen) Eliten sind einige der Variablen, die verwendet werden, um die politische Möglichkeitsstruktur eines gegebenen Staates zu operationalisieren (McAdam 1996). Von diesen Charakteristika und Veränderungen in der politischen Möglichkeitsstruktur wird angenommen, dass sie einen Einfluss auf Bewegungsentstehung, -mobilisierung und -entwicklung haben. In den folgenden Jahrzehnten hat eine Reihe von Forschern diese Grundidee, dass politische Strukturen direkte Auswirkungen auf soziale Bewegungen haben, aufgegriffen und weiterentwickelt (vgl. Tarrow 1998). In der Literatur können insbesondere zwei Varianten der Anwendung des politischen Möglichkeitsstruktur-Ansatzes unterschieden werden. In der ersten, etwas statischeren Variante werden Unterschiede in der politischen Möglichkeitsstruktur herangezogen, um Unterschiede im Entstehen oder der Ausrichtung sozialer Bewegungen in unterschiedlichen politischen Systemen zu erklären. In der zweiten, dynamischeren Variante – die manchmal auch „Politischer Prozess-Ansatz“ genannt wird – werden Veränderungen in der politischen Möglichkeitsstruktur eines Landes im Zeitverlauf benutzt, um die Entstehung und die Entwicklung einer sozialen Bewegung zu erklären (z.B. Tarrow 1989, Rucht 1998).

Trotz der Varianz in Operationalisierung und Anwendung ist es möglich, den kleinsten gemeinsamen Nenner des Ansatzes der politischen Gelegenheitsstruktur zu formulieren: Dies ist die einfache strukturalistische Annahme, dass politische Strukturen, wie auch immer sie gemessen werden, das Verhalten von Individuen und Organisationen beeinflussen. Es kann daher angenommen werden, dass Veränderungen im Vorhandensein politischer Möglichkeiten im Zeitverlauf Veränderungen in der Mobilisierung sozialer Bewegungen auslösen. Dies ist der Grund für Unterschiede in der Bewegungsmobilisierung in unterschiedlichen politischen Systemen, weil sie die Bewegung behindern oder fördern. Dieser strukturelle Kern hat direkte Konsequenzen für soziale Bewegungen. Das Entstehen – und letztlich auch

der Erfolg sozialer Bewegungen – hängt nicht allein vom Bemühen, Können und Geschick der beteiligten Menschen und Bewegungsorganisationen ab, sondern auch von politischen „Rahmungen“, die außerhalb der Einflussmöglichkeiten sozialer Bewegungen liegen. Daraus folgt, dass AktivistInnen gut beraten sind, diese Möglichkeitsstrukturen nicht zu ignorieren, sondern bei der Wahl ihrer Themen, Aktionsformen und Zieldefinitionen zu berücksichtigen.

Basisliteratur:

McAdam, D./McCarthy, J.D./Zald, M.N.: Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings. Cambridge 1996

Tarrow, S.: Power in movement. Social movements and contentious politics. Cambridge 1998

Rucht, D.: Komplexe Phänomene – komplexe Erklärungen. Die politischen Gelegenheitsstrukturen der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik. In: Hellmann, K.U./ Koppmans, P. (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen 1998, S. 109-127

8. Politische Wirkungsanalyse – makrosoziale Effekte: Problemdiagnostik und demokratisches Kapital

Soziale Bewegungen – so schreibt Rucht (2001) – sind „ein wichtiges und durchaus zeitgemäßes Element der demokratischen Bürgergesellschaft“ ... sie sind ein wichtiges „demokratisches Kapital“. Soziale Bewegungen erfüllen danach fünf unterschiedliche produktive Funktionen:

1. **Demokratisches Diagnoseinstrument und Problemindikator:** Soziale Bewegungen verweisen auf noch ungelöste soziale Probleme. Sie zeigen strukturelle Defizite an, die von konventionellen politischen Akteuren und sozialen Institutionen noch nicht erkannt und bearbeitet werden; sie sind damit ein instruktives Informations- und Warnsystem im Hinblick auf neuartige soziale Probleme.
2. **Anwaltschaftliche Interessenvertretung für benachteiligte soziale Gruppen:** Soziale Bewegungen greifen Interessen und Anliegen von Betroffenenengruppen auf, die noch wenig organisations- und konfliktfähig sind (Beispiel: die AIDS-Hilfe als kollektive Interessenvertretung). Sie streiten um die öffentliche Anerkennung neuartiger sozialer Problemlagen und verleihen den Forderungen der Betroffenen Legitimität.
3. **Kritische Gegenmacht:** Soziale Bewegungen sind kritische Gegenmacht dort, wo die Interessen und Anliegen von Betroffenen im Interessenkartell der Medien, der Politik und der Wohlfahrtsverbände keine Resonanz finden (Entthematisierung; „non-decision-making“). Sie stellen diese Nicht-Thematisierung spezifischer und partikularer Interessen auf den öffentlichen Prüfstand und zwingen Medien, Politik und Wohlfahrtsverbände zur Rechtfertigung.
4. **Innovation und kreative Lösungen:** Soziale Bewegungen erstellen vielfach eigene soziale Dienstleistungen (z.B. psychosoziale Beratung von AIDS-Betroffenen durch Gleichbetroffene), die die Angebote der beruflich-entgeltlichen Hilfe ergänzen und komplettieren. Sie sind damit „Werkstätten der Zukunft“, d.h. sie leisten einen Vorgriff auf wünschenswerte zukünftige Formen der sozialen Dienstleistung.
5. **Übungs- und Lernfeld für praktizierte Demokratie:** Soziale Bewegungen sind Orte einer partizipativen Demokratie. Sie sind – nach innen – Trainingsfelder für offene Kommunikation; und sie sind – nach außen – zivilgesellschaftliche Handlungsfelder, in denen die Bürger für ein Mehr an Verantwortungsbereitschaft für Kollektivgüter angestiftet werden sollen („commitment“ – das uneigennützig bürger-schaftliche Eintreten für ein solidarisch herzustellendes ‚common good‘).

Thomas Kern (2008) geht in seiner Darstellung von einer dauerhaften Konkurrenz der Problemdeutungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsysteme und Akteure aus. Die Problemwahrnehmung der sozialen Bewegungen unterscheidet sich nach seiner Darstellung von der „fragmentierten Wahrnehmung“ anderer Akteure durch drei Dimensionen:

Sachliche Dimension: die Alltags- und Lebensweltnähe der Problemdeutungen der sozialen Bewegungen verleihen ihrer „Sicht der Dinge“ eine besondere öffentliche Resonanz

und Legitimität; die Professionalisierung und fachliche Expertise der sozialen Bewegungen stärkt ihre (Fremd-)Wahrnehmung als „ernstzunehmende Gesprächspartner“.

Zeitliche Dimension: Zwar dokumentieren die sozialen Bewegungen eine relativ große Instabilität im Hinblick auf die zeitliche Kontinuität der Protestereignisse. Zugleich sind sie gekennzeichnet durch Reaktionsschnelligkeit und durch eine große Flexibilität anlässlich unerwarteter skandalisierbarer Ereignisse.

Soziale Dimension: Gegenüber der „legitimen Indifferenz“ anderer gesellschaftlicher Teilsysteme sind die Problemdeutungen der sozialen Bewegungen charakterisiert durch „Lebensweltsensibilität“ und „Betroffenheit“. Sie verfügen über eine besondere Sensibilität gegenüber dem Leiden der Betroffenen, Schmerz, Opferwerden, Beeinträchtigung, Ungerechtigkeits Erfahrungen.

„In der sachlichen Dimension sind die gesellschaftlichen Problemdeutungen sozialer Bewegungen für die Individuen konkreter und alltagsnäher, in der zeitlichen Dimension flexibler und in der sozialen Dimension durch eine spezifische Form der Betroffenheit geprägt“ (Kern 2008, S. 179). Soziale Bewegungen sind daher Agens spezifischer „systemischer Lernprozesse“.

Max Miller (Dissens. Zur Theorie diskursiven und systemischen Lernens. Bielefeld 2006) formuliert einen eher skeptischen Blick auf die Chancen sozialer Bewegungen, Prozesse des systemischen Lernens in gesellschaftliche Veränderung umzusetzen. Er unterscheidet (1) koordinierte Konflikte und (2) unkoordinierte Konflikte:

koordinierte Konflikte: Anerkennung des „gegnerischen Lagers“ als Gesprächspartner; Eingrenzung der Auseinandersetzung auf gemeinsam übereinstimmend identifizierte Streitfragen; minimale Verständigung und wechselseitige Erkundung von Differenzen; Einigung auf gemeinsame Verfahren der Konfliktbewältigung.

unkoordinierte Konflikte: unversöhnliche Gegnerschaft; Nichtakzeptanz des Anderen als Gesprächspartner (z.B. ethnische oder rassische Konflikte; clash of cultures); unüberwindbarer Dissens von Ideen, Glaubenssätzen, Ideologien; keine „grenzübergreifende“ Verständigung; Kooperationsverweigerung; die Forderung an den Kontrahenten nach Kapitulation und Unterwerfung.

Die These: „Der weltweit zunehmende Fundamentalismus und die unerwartete Renaissance religiöser, nationalistischer und ethnozentrierter Bewegungen fügen sich nicht in das postmaterialistische und emanzipatorische Profil der neuen sozialen Bewegungen“ (Kern 2008, S. 190). Die Radikalisierungen vielfältiger Protestbewegungen führt zur Zunahme unkoordinierter Konflikte, die nicht in koordinierte Konflikte und damit in konsensbestimmte Konfliktregelungsverfahren überführt werden können – die sozialen Bewegungen verlieren ihre gesellschaftsinnovative Kraft.

Subjektive Wirkungsanalyse – mikrosoziale Effekte: Biographische Spuren des zivilgesellschaftlichen Engagements (psychologisches und politisches Empowerment)

Herriger, N.: Empowerment in der sozialen Arbeit. 2. Aufl., Stuttgart 2002, S. 169 ff. (psychologisches und politisches Empowerment)

(1) Empowerment - psychologisch gefasst:

Psychologisches Empowerment untersucht die individuellen Parameter des zivilgesellschaftlichen Engagements im Horizont sozialer Bewegungen. In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit treten hier die individuellen Niederschläge von Empowerment-Erfahrungen: die Veränderungen in der psychischen Ausstattung der Menschen. Diese Veränderungen sind in der Literatur in unterschiedlichen Begrifflichkeiten gefasst worden. Gemeinsam ist diesen das Bild des Schutzschildes: Menschen - an den Endstationen Mut machender Reisen in die Stärken angekommen - erwerben *das Schutzschild einer spezifischen seelischen Widerstandsfähigkeit*, das es ihnen in ihrer weiteren Biographie möglich macht, die Bedrohungen und Gefährdungen erneuter Hilflosigkeit abzuwehren. Die Vermessung dieser veränderten inneren Ausstattung der Individuen ist Domäne der persönlichkeitspsychologischen Forschung. Zum Einsatz kommen hier sowohl standardisierte Persönlichkeitsinventare als auch narrative Erhebungsverfahren, die aus einer „Nacherzählung“ biographischer Geschichten die subjektiven Niederschläge eines gelingenden Lebensmanagements aufzuspüren versuchen.

Die Forschungsgruppe der Empowerment-Forscher Marc Zimmerman und Julian Rappaport hat eine Reihe von methodisch sehr ausgefeilten Studien zum Thema „Psychologisches Empowerment“ vorgelegt (vgl. Herriger 2006, S. 201 ff.). Psychologisches Empowerment – so die Ergebnisse ihrer Untersuchungen – ist ein komplexes Konstrukt, in dem ein gefestigtes Selbstwertgefühl, das Vertrauen in die eigenen Handlungskompetenzen und Bewältigungsstrategien und der Wunsch nach einem Zugewinn an Umweltkontrolle zusammenfließen. Die Autoren unterscheiden drei grundlegende Dimensionen - eine persönlichkeitsbezogene, eine kognitive und eine motivationale Dimension - von „psychological empowerment“:

Die drei Dimensionen des psychologischen Empowerment

(1) Die Dimension der selbstbezogenen Kognitionen:

Selbstakzeptanz und Selbstvertrauen (self-acceptance; self-confidence): eine positive Selbstwertüberzeugung; das gefestigte und in sozialen Bindungen beglaubigte Vertrauen in den Wert der eigenen Person; eine positive Selbstwertüberzeugung; das gefestigte und in sozialen Bindungen beglaubigte Vertrauen in den Wert der eigenen Person;

Internale Kontrollüberzeugung (internal locus of control): die feste Überzeugung der Person, durch eigene Kraft und innere Fähigkeiten Regie über das eigene Leben führen und

die alltäglichen Lebensumstände verändern zu können; hingegen: ein geringes Maß an externaler Kontrollüberzeugung: die Ablehnung der Vorstellung, die Lebensumstände und Lebenswege seien unveränderlich, durch mächtige Andere (belief in powerful others), durch Zufall (chance control) oder durch Schicksal (belief in luck) vorherbestimmt;

(2) Die Dimension der kompetenzbezogenen Überzeugungen:

Der Glaube an die Selbstwirksamkeit der eigenen Person (self efficacy): das Vertrauen in das eigene Vermögen, handelnd relevante Ausschnitte der Umwelt (Arbeit; Gesundheit; Beziehungen usw.) verändern und gestalten zu können;

Die biographisch gefestigte Erfahrung der eigenen Kompetenz (perceived competence): das Vertrauen auf verfügbare Eigenkapitale von Kompetenzen und Ressourcen, die mobilisiert werden können, um gegen Fremdbestimmung und Entmündigung einzutreten; die Fähigkeit und die Bereitschaft zu einer differenzierten Analyse von Problemursachen und Handlungsalternativen zur Problemlösung; ein geringer Grad des Erlebens von Hilflosigkeit und Ohnmacht;

(3) Die Dimension der Handlungsmotivationen:

Der Wunsch nach Umweltkontrolle (desire for control): das Bedürfnis nach 'Übersichtlichkeit' relevanter Umweltausschnitte und deren Verfügbarkeit für das eigene Tun;

Die Selbstverpflichtung auf ein aktives prosoziales Verhalten (civic duty): die Bereitschaft, sich jenseits der Grenzen des Privaten auf öffentliche Anliegen und Aufgaben einzulassen, sich einzumischen und für ein gemeinsames öffentliches Gut zu streiten.

(2) Empowerment – politisch gefasst:

Politisches Empowerment weist über die Ebene der Selbstveränderung und der psychischen Stärkung hinaus. In den Mittelpunkt rücken hier die politischen Lernprozesse der Akteure sozialer Bewegungen, d.h. die biographischen Prozesse ihrer politischen Identitätsbildung („homo politicus“). Untersuchungen zu den Niederschlägen der öffentlichen Partizipation in sozialen Protestbewegungen auf der Ebene des politischen Selbstverständnisses der Akteure kommen zu dem Ergebnis, dass die Einbindung in strittige Bewegungen in erheblichem Maße dazu beiträgt, die subjektive Kontrollerwartung zu erhöhen und Gefühle der Entfremdung zu verringern. Politisches Empowerment umfasst so folgende Bausteine:

(1) Die Dimension der umweltbezogenen Kognitionen:

- **ein kritisch-analytisches Verständnis der sozialen und politischen Zusammenhänge:** das Wissen um hilfreiche Ressourcen, Allianzen und Strategien der Meinungsmobilisierung und der Interessendurchsetzung; die Antizipation von möglichen Widerständen und Interessenkollisionen;
- **der Glaube an die Gestaltbarkeit von politischen Strukturen:** das Vertrauen in die Responsivität des lokalen administrativen und politischen Systems für bürgerschaftliche Interessen und begründete Veränderungsbemühungen;

- **das gefestigte Vertrauen in die eigene politische Kontrollkompetenz:** Vertrauen in das kollektive Vermögen, relevante Ausschnitte der Lebenswelt aktiv gestalten und Einfluss auf die Steuerung von kommunalpolitischen Prozessen der Willensbildung und Entscheidungsfindung nehmen zu können;

(2) Die Dimension der Handlungsmotivationen:

- **die Reklamation von Selbstverantwortlichkeit** für die Gestaltung der kleinen Lebenskreise;
- **der Wunsch nach sozialem Eingebunden-Sein:** das Bedürfnis nach einer (die Vereinzelung überwindenden) Verbundenheit mit anderen gleichartig Betroffenen;
- **die Selbstverpflichtung auf ein öffentliches soziales Gut:** die Bereitschaft, sich jenseits der Grenzen von Eigennutz und partikularen Interessen auf öffentliche Anliegen und Aufgaben einzulassen, sich einzumischen und für ein gemeinsames öffentliches Gut zu streiten;

(3) Die Dimension öffentlich wirksamer sozialer Aktion:

- **das in kollektiver sozialer Aktion beglaubigte aktive Engagement des Einzelnen:** bürgerschaftliches Engagement und die Übernahme von Verantwortung und Leitungsfunktionen in lokalen Netzwerken der Selbstorganisation; und
- **das aktive Eintreten für eine Demokratisierung sozialer Lebensgüter** auf der Bühne der lokalen Öffentlichkeit; das öffentliche Eintreten für ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit.

Anhang:

Schlüsselkonzepte für die Konstruktion des Interviewleitfadens

Sozialstruktur der Aktivist:innen und subjektive Motivation zur Teilhabe:

Soziale Herkunft/„Bildungskapital“; biographische Wege in die NSB-Zugangswege; subjektive Betroffenheiten und Beteiligungsanlässe; politische Grundüberzeugungen und Standorte im politischen Spektrum; subjektive Überzeugung im Hinblick auf die Legitimität der Ansprüche und die „moral correctness“ der Forderungen

Ressourcen und Ressourcenrekrutierung:

Zugangsstrukturen: Rekrutierung von Mitgliedern und Sympathisanten

Finanzen: institutionelle Zuschüsse, Spendenrekrutierung (Direktmailing, Anzeigen, Spendenaktionen usw.), Stiftungsgelder (major donor work) u.a.

Sachliche Infrastruktur:

Qualifikationen: Qualifikations- und Kompetenzprofil der Mitarbeiter:innen im „Aktivitätskern“ der NSB; spezifische Aufgaben- und Arbeitsteilungen nach innen;

Informiertheit: Zugang zu (nicht-öffentlichen) Informationsquellen

Beziehungskapital: Zugang zu den Medien; Zugang zu politischen Akteuren im Zentrum der politischen Macht

Organisation:

Organisation nach innen: „Alltagsgeschäfte“ – Alltagsaktivitäten und –angebote der NSB; „Organisationskerne“ – Zentrumspersonal/Arbeitsteilung/ spezifische Kompetenzverteilungen u.a.; Kommunikation nach innen;

Organisation nach außen: Öffentlichkeitsarbeit der Bewegung; Einbindung in übergreifende Kommunikationsnetzwerke – lokal, national, transnational; Allianz- und Koalitionspartner – z.B. Zugang zu „Wissensexperten“; die Einbeziehung von „Bewegungsunternehmern“ (Personen mit Zugang zu den Zentren der Macht)

Framing:

„grievances“ (Betroffenheit; Unmut; Ärger; Klagen), die Anlass der Protestaktivitäten sind; Analyse des zentralen bewegungseigenen Deutungsmusters für das soziale Problem; die „soziale Konstruktion“ eines sozialen Problems durch Problemdeutungen; Entstehung und Propagierung eines Deutungs- und Erklärungsmusters, in dessen Rahmen Problem, Ziel, Vorgehen definiert, interpretiert, gerechtfertigt werden und somit eine Mobilisierung der Anhänger erfolgt. Frames sind umkämpfte und nur befristet gültige Problemdeutungen – Alternativdeutungen und Gegendiskurse (Atomkraft z.B. Frame der „Versorgungslücke“); Rohmaterial für Frames liefern kritische Wissenschaftler („critical communities“); unterschieden werden: „diagnostic“ – „prognostic“ und „motivational framing“.

Inhalte und Organisation von Protest – Mobilisierungs- und Proteststrategien (Campaigning):

die mediale Inszenierung von Protest „für laufende Kameras“; übergreifende Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zur Rekrutierung neuer Zugehörigkeitsgemeinschaften; der Standort der sozialen Bewegung im Hinblick auf die Frage nach der Legitimität von Gewaltmitteln im Einsatz gegen den „politischen Gegner“

Netzwerke von Protestbewegungen:

Übergreifende Netzwerke und Allianzen von Protestbewegungen; politische Schnittmen- gen und Differenzen; Konflikte zwischen unterschiedlichen ideologischen und strategi- schen Positionen;

Wirkungen von begrenzten Protestaktionen:

nach außen: Problemsensibilisierung der Öffentlichkeit; öffentliche Formulierung von po- litischen Anliegen; Delegitimierung und „pressure building“ gegenüber dem politischen Gegner

nach innen: Rekrutierung und Mobilisierung von „Sympathisanten“ und Mitgliedern

Politische Gelegenheitsstrukturen:

Problemsensitivität der politisch-administrativen Systems; Zugang zu und Unterstützung durch „themennahe“ politisch-administrative Akteure; Allianz- und Bündnisbildung über den Tellerrand der NSB hinaus;

Wirkungsanalyse – umfassende Effekte der Aktivitäten von NSB

Makroebene (politische Ebene):

politische Erfolge - bürgerschaftliche Einmischung; Einflussnahme auf Politikentscheidun- gen; Demokratisierungserfolge; sichtbare Veränderungen der Lebenswelt

Mikroebene (subjektive Ebene):

psychologisches Empowerment: Personale Identitätsprägung – die stärkende Erfahrung von Selbstwirksamkeit

politisches Empowerment: Zugewinn an zivilgesellschaftlicher Kompetenz auf der Bühne der politischen Öffentlichkeit.